

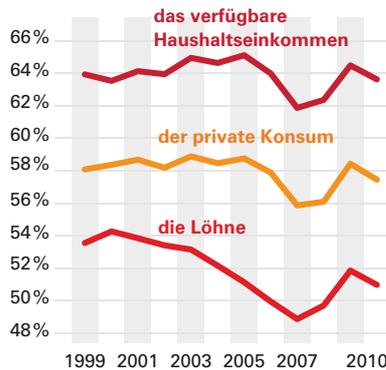
teilung von Frauen und der sehr große Lohnabstand zu den Männern hinzu: Die starke Ausbreitung von Minijobs gerade bei verheirateten Frauen bedeutet auch, dass diese vor allem über ihren Ehemann sozial abgesichert sind. Zugleich macht das Steuersystem es für sie finanziell unattraktiv, mehr zu arbeiten. In dieser Konstellation wäre ein Jobverlust des Mannes umso dramatischer – was die Deutschen in Reaktion auf die steigende Ungleichheit und die Deregulierung des Arbeitsmarkts noch mehr sparen ließ.

All diese Faktoren ließen die Binnen- nachfrage nicht mehr wachsen, macht die Analyse der Wissenschaftler deutlich. Seit der Jahrtausendwende speiste sich das deutsche Wirtschaftswachstum allein aus dem Export. Starker Export, schwache Inlandsnachfrage und hohe Sparquote verursachten einen dauerhaft hohen Leistungsbilanzüberschuss. Deutschland lebte damit auch von der Überschussnachfrage der europäischen Nachbarn. Diese speiste sich wiederum aus Kreditblasen, die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise platzten.

In Deutschland sollten Reformen deshalb darauf abzielen, die Einkommensungleichheit wieder zu reduzieren, empfehlen van Treeck und Sturn. Wichtig seien Lohnabschlüsse, die den Verteilungsspielraum ausnutzen, wie in jüngster Zeit

Weniger Geld für Konsum

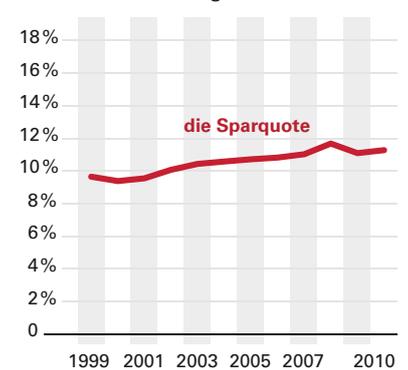
In Prozent des BIP betragen in Deutschland...



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnung Sturn, van Treeck 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Angst treibt die Sparquote

In Prozent des verfügbaren Einkommens betrug in Deutschland...



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnung Sturn, van Treeck 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

geschehen. Die Politik könne dies unterstützen, indem sie die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifabschlüssen erleichtert, die Arbeitsmarktreflexen um einen gesetzlichen Mindestlohn ergänzt und die Leiharbeit eindämmt. Damit ließen sich die schwache Konsumnachfrage und die starke Abhängigkeit der Wirtschaft vom Export überwinden – zum Wohle ganz Europas. ◀

* Quelle: Till van Treeck, Simon Sturn: Income inequality as a cause of the Great Recession? A survey of current debates, International Labour Office, Genf, 16. August 2012

Download und Quelledetails: www.boecklerimpuls.de

Eurokrise

Sparen wie in Griechenland trafe Deutschland hart

Gut 11,5 Milliarden Euro schwer ist das neue Sparprogramm der griechischen Regierung. Nur wenn die Troika aus EU, EZB und Internationalem Währungsfonds damit zufrieden ist, kann Griechenland mit weiteren Finanzhilfen rechnen. Doch droht das immer drastischere Sparen die Konjunktur weiter abzuwürgen, warnt das IMK. Das griechische Haushaltsdefizit lasse sich aber nur dann nachhaltig reduzieren, wenn die griechische Wirtschaft wieder wächst.

Wie massiv sich die Sparanstrengungen auswirken würden, verdeutlichen die Berechnungen von IMK-Forscher Fabian Lindner. Er hat die Kürzungsvorhaben der

griechischen Regierung näherungsweise auf Deutschland übertragen:

Um fast 147 Milliarden Euro müssten Staat und Sozialkassen ihre Ausgaben in den nächsten zwei Jahren zurückschrauben. Die Personaletats würden um ein Viertel zusammengestrichen. Im Gesundheitswesen müssten gut 25 Milliarden Euro gespart werden, für Bildung gäbe es über 6 Milliarden Euro weniger.

Auch die deutschen Rentner trafe es hart: Hier bedeuteten die Sparpläne eine Reduzierung der Ausgaben um knapp 33 Milliarden Euro – fast 16 Prozent. Im Durchschnitt müsste jeder Rentner monatlich mit 188 Euro weniger auskommen.

Kürzen auf Griechisch

Wenn die griechische Sparpolitik proportional in Deutschland umgesetzt würde, gäbe es...

Kürzungen bei...	um ...	um ...
Personalausgaben von Bund, Ländern und Kommunen	56,9 Mrd. €	-24,8%
Renten	32,9 Mrd. €	-15,6%
gesamten Gesundheitsausgaben	25,3 Mrd. €	-10,2%
Gesamtausgaben der Gemeinden	12,6 Mrd. €	-6,5%
gesamten öffentlichen Bildungsausgaben	6,3 Mrd. €	-5,3%
Verteidigungsausgaben	12,6 Mrd. €	-40,1%

Quelle: IMK 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2012

Nach Analyse des IMK würde das Wachstum Griechenlands weniger stark geschädigt, wenn die Hellenen die Sparanforderungen

zeitlich strecken könnten. Damit ließe sich auch das Haushaltsdefizit nachhaltiger reduzieren.

Quelle: IMK, August 2012

Download unter www.boecklerimpuls.de